

Gisela Notz

Referat ver.di Bezirksfrauenkonferenz in München am 11.Oktober 2014

Mehr Zeit zum Schaffen, Träumen, Kämpfen – für eine geschlechtergerechte Arbeitszeitpolitik

Das Projekt ist nicht wirklich neu: Thomas Morus (1478 – 1535) hat schon vor beinahe 500 Jahren in seinem Werk „Utopia“, das 1516 erschien, eine Zukunftsgesellschaft entworfen, in der er den 6-Studentag einführen wollte. Während der gewonnenen Zeit sollten sich die Menschen, Männer und Frauen, weiterbilden und mit Wissenschaft beschäftigen, sowie die Kinder in Literatur, Naturwissenschaften und Technik unterrichten.¹

„Freiheit für die Frauen, Freiheit für das Volk – durch eine Neuorganisation des Haushaltes und der Industrie.“ Das war das Motto der „Freien Frauen“ und ihrer Zeitung, die sie um 1832 in Frankreich herausbrachten. Neuorganisation und Neuverteilung des Haushaltes *und* in der Industrie, sprich der Arbeit im Beruf und im Haus- und Sorgebereich (modern: Care-Arbeiten), auf Frauen und Männer, davon erhofften sich die „Freien Frauen“ mehr Freiheit für *alle* Menschen.²

Damals betrug der Arbeitstag in den Fabriken 12 bis 15 Stunden. Frauen und Kinder waren es vor allem, die die schlechtesten von den ohnehin schon schlechten Arbeitsbedingungen zu den niedrigsten Löhnen zu ertragen hatten; bei ebenso langen Arbeitszeiten. Leider ist die gleichmäßige Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit und die damit verbundene Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit auch heute noch eine Utopie. Aber es ist eine konkrete Utopien, also keine wirklich unlösbare Aufgabe. Mit der Umsetzung kann hier und jetzt begonnen werden.

Kleine Geschichte der Arbeitszeitverkürzung

Die Erwerbsarbeitszeiten sind seit dem 19. Jahrhundert Gegenstand dauernder gesellschaftliche Auseinandersetzungen. Das Thema Arbeitszeitverkürzung ist auch der Ursprung des 1. Mai als Feiertag der Arbeit. Vor über 120 Jahren verließen 200.000 amerikanische Arbeiter am 1. Mai ihre Arbeit, um den 8-Studentag zu fordern, und im Jahre 1889 beschlossen die 400 Delegierten des Internationalen Arbeiterkongresses in Paris, den 8-Studentag als ihre zentrale Forderung in allen Ländern an einem internationalen Tag der Arbeit, dem 1. Mai, zum Ausdruck zu bringen. Dabei war auch Clara Zetkin als Vertreterinnen der Arbeiterinnen in Berlin. Sie hielt eine Rede mit dem Titel: „Die Befreiung der Frau“. Darin sagte sie unter

¹ Thomas Morus: Utopia, London 1516.

anderem: „Die Sozialisten müssen vor allem wissen, dass auf der ökonomischen Abhängigkeit oder Unabhängigkeit die soziale Sklaverei oder Freiheit beruht.“³

Die Bestrebungen der Arbeiterbewegung richteten sich stets darauf, die betrieblichen Arbeitszeiten zu standardisieren und zu verkürzen und den Arbeitstag erträglicher zu gestalten. Viele Arbeitskämpfe dienten diesem Ziel, auch wenn sie zunächst verloren wurden. Wer kennt nicht das Bild der entschlossen dreinschauenden, streikenden Textilarbeiterinnen von Crimmitschau (Sachsen) von 1903/04, die für den 10-Studentag kämpften. Erst fünf Jahre nach Ende des Streiks wurde der Maximalarbeitstag in Sachsen auf zehn Stunden herabgesetzt.⁴

Von den arbeitenden Männern hatten streikende Frauen wenig Unterstützung zu erwarten. Die dachten vor allem an *ihre* bezahlte Arbeit. Ihr vordringlicher Wunsch war es, wie es aus einer Petition an Kaiser Wilhelm II. deutlich wird, „so viel zu verdienen, dass wir unsere Familien ehrlich und ordentlich ernähren können.“⁵ Viele Arbeiterinnen lehnten schon damals die Alternative Berufs- oder Familienarbeit ab und auch für die meisten Arbeiter wurde die gewünschte geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zum Problem, weil eine entsprechend bezahlte Arbeit schwer zu finden war. Von Seiten der Unternehmer wurde der Forderung nach einer *allgemeinen Verkürzung* der Erwerbsarbeitszeit stets mit hinhaltendem Widerstand begegnet. Bis zum Ersten Weltkrieg prägte die Forderung nach dem 8-Stunden-Tag die Kundgebungen zum 1. Mai: Die Triade je acht Stunden Arbeit, Schlaf und Erholung sollte den Tag bestimmen. Wobei „Erholung“ für die Arbeiterin schon damals etwas anderes bedeutete, als für den Arbeiter. Den Unternehmern konnten nur schrittweise einzelne freie Stunden abgerungen werden. Die 54-Stunden-Woche galt zu Beginn des Ersten Weltkriegs schon als Fortschritt, während des Krieges wurde sie vielfach unterlaufen. Erst nach Ende des Krieges, mit der Revolution von 1918, wurde in Deutschland die Forderung nach einem „Normalarbeitstag“ von acht Stunden erfüllt. Die wirtschaftlichen Krisenzeiten der 1920er Jahre führten zur schrittweisen Aushöhlung dieser Errungenschaft, bis sie während der Nazi-Diktatur wiederum völlig außer Kraft gesetzt wurde.

“Mit der Forderung „40 Stunden sind genug“ schlugen die Gewerkschaften erst 1955 eine Brücke zur Diskussion der Zeit vor 1933: Im Zeichen hoher Erwerbslosigkeit sollte die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit dazu führen, dass die bezahlte Arbeit gleichmäßiger

² Vgl. Helga Grubitzsch / Loretta Lagpacan: Freiheit für die Frauen, Freiheit für das Volk. Sozialistische Frauen in Frankreich 1930 – 1848, Frankfurt/M. 1980.

³ Clara Zetkin: Für die Befreiung der Frau. Rede auf dem Internationalen Arbeiterkongress in Paris am 19. Juli 1889, in: Clara Zetkin: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd I, Berlin 1957, S. 3-11; hier: S. 3.

⁴ Vgl. Gisela Notz: Den Aufstand wagen, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, H. 36/1994, S. 23-33.

⁵ Diese Forderung stellte der Bergarbeiter Siegel, einer der Wortführer und Organisatoren des großen Bergarbeiterstreiks im Mai 1889 an Kaiser Wilhelm II. Zitiert nach Holger Paul: Funktionäre. Biographische Profile, in:

verteilt wurde. 1960 hatten wir in Deutschland noch die 48-Stundenwoche mit Samstag als vollem oder halbem Arbeitstag. In den 1960er Jahren gelang es, schrittweise den 8-Stunden-Tag und die 5-Tage-Woche zu verwirklichen. Die Älteren unter Euch erinnern sich vielleicht noch an die Kampagne "Samstags gehört Vati mir", mit der die Gewerkschaften seit 1956 für den arbeitsfreien Samstag und die 40-Stundenwoche gekämpft haben.

Auch in der arbeitszeitpolitischen Diskussion zu Beginn der 1980er Jahre –es ging nun um die 35-StundenWoche - wurde die allgemeine Arbeitszeitverkürzung durch die Arbeitgeber immer wieder abgelehnt. Sie bevorzugten diverse Formen der Arbeitszeitflexibilisierung. Als 1983 die 38,5-Stundenwoche für die Metallindustrie durchgesetzt wurde, wurde die konkrete Umsetzung den betrieblichen Parteien zugewiesen; sie sollten die wöchentliche Arbeitszeit durch Betriebsvereinbarungen regeln.⁶ Die Gewerkschaften haben sich, indem sie sich auf diese Regelungen einließen, ihrer vereinheitlichenden Rolle durch Tarifverträge beraubt. Der flexiblen Arbeitszeitgestaltung wurde Tür und Tor geöffnet. Von frauenpolitischer Seite wurde schon damals befürchtet, verschiedene Formen der Flexibilität würden das Abdrängen von Frauen aus der Erwerbsarbeit bzw. an die unattraktiven Randzonen des bezahlten Arbeitsmarktes - mit prekären Arbeitsverhältnissen und Teilzeitarbeitsplätzen von deren finanziellem Erlös die dort arbeitenden Frauen nicht leben können, begünstigen.

Feministinnen und andere Gewerkschafterinnen forderten seit Beginn der 1980er Jahre eine allgemeine Verkürzung der Vollzeit-Erwerbsarbeit mit dem Sechs-Stunden-Tag.⁷ Die Gewerkschaften standen in dem Dilemma, dass durch das verstärkte „Eindringen der Frauen“ in den Organisationsbereich Arbeitszeitwünsche, die vom „Normalarbeitstag“ abwichen, zunahmen. Ihre Befürchtungen bestanden zurecht, denn auch scheinbar an den Interessen der Frauen orientierte Konzepte, die erlauben, auf differenzierte Arbeitszeitwünsche zu reagieren, sind immer mit einem Dilemma verbunden: Sie können von den Flexibilisierungsstrategien der Unternehmer vereinnahmt werden.

Bislang gelang es nie wirklich, Arbeitszeitverkürzung und Arbeitszeitflexibilisierung so zu verbinden, dass allgemeine Schutzfunktionen im Interesse der Arbeitenden erhalten bleiben. Die Einführung immer flexiblerer, kapitalbestimmter Frauenarbeitszeiten hat bis heute ein

Lutz Niethammer u.a.: „Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst, Bonn 1985.

⁶ Vgl. Hans Joachim Sperling: Arbeitszeitverkürzung – Ein neues Feld für betriebsnahe Tarifpolitik?, in: Eckart Hildebrandt / Eberhard Schmidt / Hans Joachim Sperling (Hg.): Arbeit zwischen Gift und Grün. Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1985, Berlin 1985, S. 147 – 157.

⁷ Gisela Notz: Mehr Zeit zum Schaffen, Träumen, Kämpfen. Für eine feministische Arbeitszeitpolitik, in: Ebenda, S. 127 – 136 sowie Ingrid Kurz-Scherf / Gisela Breil (Hg.): Wem gehört die Zeit. Ein Lesebuch zum 6-Stunden-Tag, Hamburg 1987.

damals nicht zu ahnendes Ausmaß angenommen. Sie geht auf Kosten der eigenständigen Existenzsicherung. Aktuelle Armut und Altersarmut sind die Folgen.

Wie ging es weiter?

Inzwischen haben wir nicht nur den 8-Studentag, sondern auch die 40-Stundenwoche, in manchen Branchen sogar die 35-Stundenwoche. Und noch immer sind wir nicht zufrieden. Margarete Steinrücke verwies in einer Rede darauf, dass die Produktivität der Arbeit, d. h. wie viel wir pro Zeiteinheit produzieren, in den letzten Jahrzehnten gigantisch gewachsen ist. Allein von den 1960er Jahren bis zum Jahr 2000 für viele Produkte im Schnitt um 100 %. D.h. wenn die Herstellung eines Brotes 1960 20 Minuten dauerte, so dauert sie heute noch 10 Minuten. Bei vielen Metallerezeugnissen wie Autos und Elektrogeräten ist der Produktivitätszuwachs noch um ein Vielfaches größer.⁸ Würden diese, durch technische, organisatorische und motivationale Rationalisierungsprozesse ermöglichten Produktivitätsfortschritte eins zu eins in unser aller Arbeitszeit umgesetzt, müssten wir nach Margareta Steinrückes Berechnungen heute 24 Stunden pro Woche arbeiten. Die 24-Stundenwoche - eine schöne Vorstellung und eine technisch und ökonomisch objektiv machbare noch dazu. Davon träumten die ArbeiterInnen bereits in den 1920er Jahren, deshalb waren viele von den Technisierungs- und Rationalisierungsprozessen begeistert.

In Wirklichkeit haben wir heute in vielen Bereichen Arbeitszeiten, die 35-, 37- oder 40-Stundenwoche zwar auf dem Papier stehen, de facto werden aber Überstunden ohne Ende gefahren, davon etwa die Hälfte unbezahlt. Arbeitszeitkonten quellen über, über das Limit gehende Stunden werden einfach gekappt, oder bei Vertrauensarbeitszeit wird gar nicht mehr erfasst, wie viel jemand arbeitet.

Das ist erzwungen und keinesfalls „freiwillige“ Selbst-Ausbeutung, wie oft behauptet wird. Auch dann nicht, wenn in vielen schlecht bezahlten Berufen wie z.B. bei den Wachdiensten oder im Einzelhandel, wo vor allem Frauen arbeiten, Überstunden – wenn sie denn bezahlt werden - oft die einzige Chance sind, auf einen halbwegs das Überleben sichernden Lohn zu kommen. Deutschland ist das einzige Land Europas, das in den letzten 12 Jahren keinen Reallohnzuwachs, ja sogar einen leichten Reallohnrückgang zu verzeichnen hatte. Außerdem haben wir inzwischen Dank der Hartz-Reformen und durch die aufgrund der seit vielen Jahren anhaltenden Massenerwerbslosigkeit geschwächte Position der Gewerkschaften einen riesigen Niedriglohnsektor. Inzwischen ist es der größte Europas und er ist fast so groß wie der der USA. 70 % der im Niedriglohn arbeitenden sind Frauen. Sie werden auch im Alter arm sein.

⁸ Margareta Steinrücke: Rede am 1. Mai 2012 in Tübingen: Arbeitszeitverkürzung jetzt! Bei vollem Lohnausgleich! Weniger arbeiten – besser arbeiten – Arbeit fair teilen.

Eine weitere Ursache für Überstunden ist die chronische Unterbesetzung vieler Bereiche aufgrund von Personaleinsparungen und im wachsenden Bereich der Projektarbeit völlig unrealistischen Ziel- und Zeitvorgaben. Hinzu kommt der Wunsch vieler Beschäftigter, gerade in Bereichen hochqualifizierter, sozialer und Gesundheitsarbeit, ebenfalls weit überwiegend Frauenarbeit, trotz Personaleinsparungen die Arbeit gut zu erledigen, das Projekt pünktlich fertig zu bringen, KollegInnen, KundInnen und PatientInnen nicht im Stich zu lassen. Diese Gründe und noch andere haben dazu geführt, dass in Deutschland die tarifvertraglich vereinbarten und die tatsächlichen Arbeitszeiten immer weiter auseinanderdriften, derzeit um etwa 4 Stunden. Das führt dazu, dass wir mit über 41 Stunden durchschnittlicher tatsächlicher Wochenarbeitszeit wieder die drittlängsten Arbeitszeiten in Europa haben. Vor 10 Jahren lagen wir noch im europäischen Durchschnitt.

Zuviel Arbeit macht krank zu wenig oder gar keine Arbeit erst recht

Immer mehr Vollzeitbeschäftigte arbeiten über das vertragliche Maß hinaus - 50-bis 60-Stunden-Wochen und mehr sind in vielen Bereichen keine Ausnahme.

Psychische und physische Erkrankungen aufgrund von Arbeitsüberlastung sind inzwischen der zweithäufigste Krankenschreibungsgrund und sogar der häufigste Grund für Frühverrentung. Ab der achten Arbeitsstunde pro Tag nehmen berufsbedingte Erkrankungen und Arbeitsunfälle dramatisch zu. Erkrankungen wegen langer Arbeitszeiten stellen für die Krankenkassen und damit für die Versicherten eine enorme und wachsende finanzielle Belastung dar. Auch die beängstigende Zunahme des Burnout-Syndroms weist in diese Richtung. Kürzere Arbeitszeiten gerade in Bereichen mit hoher Arbeitsbelastung versprechen nicht nur den Krankenstand zu senken, sondern auch die Zahl der Rentenzugänge wegen Erwerbsminderung zu verringern.

Das ist aber nur die eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite stehen die vielen Millionen Erwerbslose. Nicht nur zu viel Arbeit macht krank. Keine Erwerbsarbeit zu haben, birgt ein noch höheres Krankheitsrisiko. Erwerbslose sind drei- bis viermal so häufig psychisch krank wie Erwerbstätige. Was ist das für ein Wahnsinn, dass sich gleichzeitig die einen totschuffen und die anderen an zu wenig Erwerbsarbeit kaputtgehen.

Die Not und das Elend, das durch Erwerbslosigkeit entsteht, ist viel größer als das aus Statistiken und offiziellen Verlautbarungen deutlich wird. Margareta Steinrücke verweist darauf, dass das in einer so reichen Gesellschaft wie der unsrigen, in der es so viel unerledigte Arbeiten gibt, ein Skandal ist, der systematisch totgeschwiegen wird. Zudem schwächt die "Reservearmee" der Erwerbslosen die Durchsetzungskraft der Gewerkschaften und ihre Möglich-

keiten, einen „anständigen Lohn“ für alle auszuhandeln und gegen die Prekarisierung anzukämpfen.

Ich behaupte, wir haben gar keine Massenarbeitslosigkeit, wie von Soziologen immer wieder behauptet wird,⁹ sondern wir haben massenhaft Erwerbslose. In der frauenpolitischen Diskussion hat sich längst die Erkenntnis durchgesetzt, dass auch die gesamte nicht-erwerbsgebundene Zeit, die für Reproduktions-, Haushalts-, Familien- und Betreuungs- sowie soziale Aktivitäten einschließlich Ehrenamt (modern: Care-Arbeit), aber auch für politischer Arbeit und Gewerkschaftsarbeit verwendet wird als Arbeit zu bezeichnen ist.¹⁰ Sie geht der Gesellschaft bestimmt nicht aus. Es geht um einen Blick auf die Arbeit als Ganzes. Arbeit ist eben bekanntlich mehr als eine Tätigkeit, die Geld einbringt.

Besonders problematisch ist die Jugenderwerbslosigkeit; in Deutschland wird nur jeder zweite Jugendliche nach der Ausbildung übernommen, wenn er oder vor allem sie überhaupt einen Ausbildungsplatz bekommt. Und wir haben massenhaft Erwerbstätige, die von ihrer Erwerbsarbeit nicht leben können. Beides ist ein Skandal. 70 % derjenigen, die im Niedriglohnssektor arbeiten, sind Frauen. Frauen haben bereits Erwerbsarbeitszeitverkürzung, aber ohne Lohnausgleich. In den letzten Jahrzehnten vollzog sich die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt vor allem über die Ausweitung von Teilzeit- und ungeschützten (prekären) Arbeitsverhältnissen, wie Mini-Jobs und Schlimmerem (z.B. 1-Euro-Jobs, Bürgerarbeit Bundesfreiwilligendienst). Das gilt vor allem in Bereichen mit hohem Leistungsdruck; leben können die meisten Frauen davon nicht. Der Unterschied zwischen den Erwerbsarbeitszeiten von Männern und Frauen (GenderTime Gap) von über neun Stunden in Deutschland ist einer der größten in Europa und der stärkste Ausgrenzungsmechanismen für Frauen von Geld, Macht und Anerkennung.¹¹ Und in den Altenpflege-, Gesundheits-, Bildungs- und Erziehungsbereichen haben wir viele offene Stellen, für die Staat und Arbeitgeber nicht ordentlich bezahlen wollen. Sonst würde nicht die Werbetrommel für „Freiwillige“ Gratisarbeit und für „Freiwilligendienste“, die mit Taschengeld versehen sind, gerührt.¹² Der Gesellschaft geht also nicht die Arbeit aus. Sondern die existenzsichernd bezahlte Arbeit.

⁹ Vgl.: Heinz-J. Bontrup/Mohssen Massarrat: Manifest zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, in: Ossietzky (Sonderdruck), Mai 2011.

¹⁰ Vgl. Gisela Notz: Arbeit – mehr als eine Beschäftigung, die Geld einbringt, Berlin: ver.di 2005.

¹¹ Der Abstand bei den Arbeitszeiten (bezahlte Lohnarbeit) von Männern und Frauen vergrößert sich. Er ist deutlich unterschiedlich in West- und Ostdeutschland. In Westdeutschland ist der Abstand der durchschnittlichen Arbeitszeit zwischen Frauen und Männern von 7,0 Stunden im Jahr 1991 auf 9,6 Stunden im Jahr 2010 angestiegen. In Ostdeutschland hat sich dieser Abstand von 2,8 Stunden im Jahr 1991 auf 4,8 Stunden im Jahr 2010 vergrößert. Angaben nach: WSI GenderDaten-Portal, 14.

¹² Vgl. Gisela Notz: „Freiwilligendienste für alle. Von der ehrenamtlichen Tätigkeit zur Prekarisierung der „freiwilligen Arbeit“, Neu-Ulm 2012.

Die offizielle Statistik zeigt für September 2014 2,8 Millionen Erwerbslose, das sind 6,5 % der Bevölkerung. Nicht mitgezählt werden Erwerbslose, die sich in Weiterbildung, in Bürgerarbeit, in einem 1 Euro-Job-Verhältnis oder in der monetarisierten Freiwilligenarbeit befinden. Ebenso nicht mitgezählt werden die unter 25 oder über 58 Jahre alten Langzeiterwerbslosen, also die die über ein Jahr keinen Zugang zu bezahlter Arbeit hatten, kranke Erwerbslose und die Personen in der sog. "stillen Reserve", wieder weit überwiegend Frauen, die sich gar nicht mehr arbeitslos melden, weil sie sich keine Chancen mehr ausrechnen. Insofern dürfte die reale Zahl der Erwerbslosen immer noch eher bei fünf Millionen liegen. Und ehrlicherweise müssten die Wünsche nach längeren Arbeitszeiten der ganzen MinijobberInnen und unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten, auch wieder weit überwiegend Frauen, die sogenannten Unterbeschäftigten, hinzugezählt werden. In Vollzeitstellen umgerechnet, wie es Margarete Steinrücke getan hat, wären das noch einmal zwischen 1 und 2 Millionen fehlende Erwerbsarbeitsplätze.

Stattdessen werden Erfolgsmeldungen losgelassen über die stetig steigende Zahl der Beschäftigten und besonders die steigende Zahl der erwerbstätigen Frauen. Unterschlagen wird, dass dieses Beschäftigungswachstum nur Köpfe zählt, weil er fast ausschließlich auf den Zuwachs von prekärer Beschäftigung zurückzuführen ist, dazu gehören vor allem von Leiharbeit, Minijobs und nicht existenzsichernde Teilzeitarbeit, die häufig durch Umwandlung von Vollzeitstellen in immer geringfügigere Erwerbsarbeitsstellen zurückzuführen ist. Die insgesamt in Deutschland gearbeitete Zahl an Stunden ist gleichzeitig gesunken. Besonders Frauen sind es, die die in immer kleinere Portionen geteilten Arbeiten unter sich aufteilen.

Was wollen die Arbeitgeber?

Die Arbeitgeber und ihnen zuarbeitenden Wirtschaftswissenschaftler wollen die Arbeitszeiten am liebsten wieder auf 44, 48 oder gar 52 Stunden und das Rentenalter auf 67 oder gar 70 Jahre heraufsetzen. Sie argumentieren mit der Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit durch mehr Wirtschaftswachstum, der Senkung der Erwerbslosenzahlen, dem demographischen Wandel und dem Fachkräftemangel.¹³ Die Tatsache, dass das IAB berechnet hat, dass die Heraufsetzung des Rentenalters auf 67 zum Verlust von ca. 2 Millionen Erwerbsarbeitsplätzen führen wird, wird unterschlagen.¹⁴ Ebenso die Annahme, dass das unseren Jugendlichen die Übernahme nach der Ausbildung noch mehr erschweren würde.

¹³ So z.B. Prof. Hans-Werner Sinn vom Ifo-Institut München: www.cesifo-group.de/de/ifoHome/policy/Spezialthemen/Policy-Issues-Archive/Arbeitszeitverlaengerung.html (letzter Zugriff: 14.11.2014).

¹⁴ www.faz.net/aktuell/beruf-chance/arbeitswelt/iab-studie-rente-mit-67-belastet-arbeitsmarkt-1381053.html (letzter Zugriff: 14.11.1014).

Ebenso werden durch mehr Wirtschaftswachstum keine Erwerbsarbeitsplätze geschaffen, wenn die Steigerung der Produktivität durch den Einsatz von Technik oder durch arbeitsorganisatorische Maßnahmen effizienter gestaltet wird. Denn dann wird weniger menschliche Arbeitskraft benötigt und die Folge ist, dass Erwerbsarbeitsplätze abgebaut werden, wenn die Erwerbsarbeitszeit Arbeitszeit nicht verkürzt wird. Zudem ist der Zusammenhang zwischen immer mehr Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung breit diskutiert. Wir brauchen nicht mehr sondern weniger Wachstum und die Umverteilung der existenzsichernden Erwerbsarbeit auf mehr ArbeitnehmerInnen.

Auch zur Behebung des (angeblichen oder wirklichen) Fachkräftemangels, der bereits seit den 1970er Jahren thematisiert wird, brauchen wir kürzere statt längere Erwerbsarbeitszeiten. Nur mit kürzeren Arbeitszeiten im Bereich der Vollerwerbstätigkeit könnten die Frauen, die Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen mit Berufsarbeit vereinbaren wollen und bisher wegen zu langer Arbeitszeiten und mangelnder Kinderbetreuungsangebote gar keine Erwerbsarbeit ausüben, als Fachkräfte gewonnen werden. Wie wir alle wissen, haben wir es mit der bestausgebildetsten Frauengeneration aller Zeiten zu tun. Und mit kürzeren Arbeitszeiten könnten ältere Erwerbstätige länger gesund im Betrieb bleiben und ihr unschätzbare Erfahrungswissen länger einbringen, statt wie jetzt zu über 50 % aufgrund von Krankheit oder Erschöpfung nicht einmal das Rentenalter von 65 zu erreichen.

Aktuelle Vorstellungen der Politik

Schon lange steht die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Mittelpunkt der familienpolitischen Diskussionen in der Bundesrepublik. Das Wissen, dass weder Familie noch Beruf in ihrer jetzigen Form geeignet sind, „beides“ zu vereinbaren, liegt seit langem vor, und potenziert sich durch die Zunahme von pflegebedürftigen Alten und anderen Hilfsbedürftigen. Aber auch diejenigen, die keine Familienpflichten haben, wollen kürzere Arbeitszeiten!

Kaum im Amt, sorgte die neue Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Manuela Schwesig für Aufsehen. Einem Beruf nachzugehen und dabei Kinder zu haben, soll künftig kein Kunststück mehr sein. Nun, das hatten andere vor ihr auch schon behauptet.

Schwesig kam jedoch mit einem Programm: "Meine Vision ist die Familienarbeitszeit."¹⁵

Eltern dürften in der Familienphase keine Nachteile erleiden, wenn sie im Beruf zurückstecken. Vielmehr müssten Arbeitgeber auf die Bedürfnisse junger Familien flexibel reagieren. "Ich will damit aufräumen, dass Eltern immer wieder das Gefühl vermittelt bekommen, sie müssten sich zwischen Kind und Job entscheiden. Beides muss möglich sein." Ihr Vor-

¹⁵ Interview Manuela Schwesig im Berliner Tagesspiegel vom 9. Januar 2014.

schlag: Eltern sollen weniger arbeiten können, ohne offiziell in die Teilzeitfalle zu rutschen. Nicht mehr 40 Stunden sollen die voll berufstätigen Mütter und Väter künftig arbeiten, sondern nur noch 32 Stunden - bei fast vollem Lohnausgleich. Der Lohnausgleich soll mit Steuermitteln aufgefangen werden. Die IG Metall kreierte ein ähnliches Modell. Auch der deutsche Frauenrat und das Bundesforum Männer applaudierten. Die Wirtschaft protestierte.

Ein Sprecher der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) kritisierte: "Wir brauchen keine starren staatlichen Vorgaben zur Arbeitszeit. Die betriebliche Realität ist längst von flexiblen Arbeitszeiten geprägt."¹⁶ Wenn Eltern ihre Arbeitszeit reduzieren wollten, könnten sie das schon heute tun. Die Politik sei vielmehr gefordert, den Ausbau der Kinderbetreuung weiter voranzubringen und mehr Ganztagsangebote zu schaffen. Widerspruch kam auch vom Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH). ZDH-Generalsekretär Holger Schwannecke sagte in der *Bild*-Zeitung: "Eine pauschale Reduzierung der Wochenarbeitszeit von Eltern auf 32 Stunden bei vollem Lohnausgleich – die Politik will offenbar Familienpolitik auf Kosten der Unternehmen betreiben."¹⁷ Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall verwies auf den Teilzeitanpruch in der Branche. "In der Metall- und Elektro-Industrie gilt für die Mehrheit der Mitarbeiter die 35-Stunden-Woche sowie für alle der grundsätzliche Anspruch auf Teilzeitarbeit".¹⁸

Die Grünen begrüßten den Vorstoß. Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter sagte, die Idee sei im Kern eine gute. Aber gemessen an den Aussagen im Koalitionsvertrag von Union und SPD sei die Wahrscheinlichkeit groß, dass es eine Vision bleibe.

Die CSU hält von einer derartigen Regelung nichts. Eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit für Eltern auf 32 Stunden bei vollem Lohnausgleich sei illusorisch und von den Betrieben nicht zu finanzieren, warnte der Vorsitzende der CSU-Mittelstands-Union, Hans Michelbach. Er plädierte dafür, die Ausgestaltung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen den Betrieben und Mitarbeitern zu überlassen. Das Modell der SPD-Ministerin würde die Arbeitskosten massiv in die Höhe treiben und stelle die internationale Wettbewerbsfähigkeit erheblich infrage.¹⁹

Das letzte Argument bringen die Arbeitgeber – wie gesagt - schon immer vor, jedenfalls seit ArbeitnehmerInnen das Begehren nach kürzeren Erwerbsarbeitszeiten aussprechen.

Zunächst zu den Vorteilen des Modells: Unsere Arbeitsgesellschaft ist im wesentlichen immer noch so strukturiert, dass von einem „Normalarbeitsverhältnis“ mit Männern, die in der Er-

¹⁶ Zit. nach: Schwesig will 32-Stunden-Woche mit Steuern finanzieren, in: Die Zeit vom 10. Januar 2014.

¹⁷ Zit. nach: Schwesig will 32-Stunden-Woche, in: Kölner Stadt-Anzeiger vom 10. Januar 2014.

¹⁸ Zit. nach: Schwesig, in: Die Zeit vom 10. Januar 2014.

¹⁹ Ebenda.

werbsarbeit arbeiten, und Frauen, die in der Familie und im sozialen Ehrenamt arbeiten, allenfalls ergänzt durch einen weiblichen „Zuverdienst“, ausgegangen wird. Das tut Schwesig nicht, sie fordert die Verkürzung der Wochenarbeitszeit für Mütter und Väter. Damit hat sie Recht, denn auch wenn das „Hausfrauenmodell“ heute ausgedient zu haben scheint, sind es weitestgehend Frauen, die vorübergehend oder teilzeitig aus dem Beruf aussteigen um häusliche, verwandtschaftliche und freundschaftliche Care-Arbeiten zu leisten. Das „Ernährermodell“ (vollzeitarbeitender Mann und Hausfrau) findet sich auch heute in einem Viertel aller Paarhaushalte mit Kindern.²⁰ Selbst in Familien mit zwei berufstätigen Erwachsenen übernehmen Frauen zwei Drittel der Haus- und Sorgearbeiten.

Wenn weder Beruf noch Familie in der jetzigen Struktur geeignet sind, „beides“ zu vereinbaren, heißt das, dass sich sowohl die betriebliche als auch die außerbetriebliche Arbeitswelt ändern müssen und die Arbeiten neu verteilt werden müssen. Die Zielorientierung der egalitären Erwerbsbeteiligung zwischen Frauen und Männern; ebenso wie die egalitäre Verteilung der übrigen gesellschaftlich notwendigen Arbeiten - nicht nur individuell sondern auch gesamtgesellschaftlich gesehen – fehlt bislang in der bundesdeutschen Politik.

Meine Kritik richtet sich gegen eine Familienpolitik, die einseitig Eltern mit Kindern fördern will. Indem sie deren Erwerbsarbeitszeit verkürzt, klebt sie nach wie vor am traditionellen Familienbild von der mit Vater, Mutter und Kind(ern) „normalbesetzte“ Kleinfamilie. Staatliche Familienpolitik fördert ohnehin die traditionelle Ehe und die bürgerliche Kleinfamilie mit der Hausfrauenmutter. Tatsächlich entfernt sich die soziale Realität immer mehr vom ideologischen Gemälde der „Kernfamilie“. Im Jahre 2011 lebten laut Mikrozensus 49 % der Bevölkerung als Familienmitglieder. Als solche gelten Mütter und Väter – darunter auch Stief-, Pflege- oder Adoptiveltern – sowie die mit ihnen im Haushalt lebenden Kinder. Von den Familien, in denen Kinder leben, sind 71,2 % Ehepaare. Nur wenige der Frauen dieser Ehepaare arbeiten heute mehr als 32 Stunden. Heute wird "Familie" in vielfältigen personellen Zusammensetzungen gelebt. Dennoch sollen die Erwerbsarbeitsplätze mit dem familistischen Bild vereinbar sein, das gilt auch für das 32-Stunden-Modell. Das untergräbt das Anliegen nach allgemeiner Arbeitszeitverkürzung für alle, wie die ver.di Frauen es in Eurem Antrag fordern. "Vollzeit muss Vollzeit bleiben," sagt schlicht und einfach die CSU zu Schwesigs Modell. Dem ist zuzustimmen, aber die Vollzeit muss reduziert werden und sie muss für Männer und Frauen gelten, egal wie sie zusammen leben. Erst durch eine kollektive Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit im Bereich der Vollerwerbsbeschäftigung könnten (jetzt) Erwerbslose und prekär Beschäftigte profitieren.

²⁰ IAB-Kurzbericht 9/2011.

Frauen haben andere Arbeitszeitwünsche, weil sie andere Arbeitszeiten haben

Das betrifft die bezahlte, wie die unbezahlte Arbeit. Und das hat auch strukturelle Probleme, dazu zählen nicht nur fehlende Kitas, sondern auch die gängige Familienideologie, die immer noch die Hausversorgung lobt, das Ehegattensplitting, das immer noch die Hausfrauenehe begünstigt und einiges andere. Auch „Freizeit“ bedeutet für die meisten Frauen etwas anderes als für die meisten Männer. Zwar werden in allen Ländern des früheren Bundesgebietes als Hauptgrund zur Übernahme prekärer Arbeitsplätze und Teilzeitarbeitsplätze durch Frauen die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Personen beziehungsweise sonstige familiäre oder persönliche Verpflichtungen (56 %) genannt. 19 % arbeiteten jedoch verkürzt, **weil sie keinen ganztägigen Arbeitsplatz finden** konnten.²¹ Für Frauen in den neuen Bundesländern ist das der Hauptgrund für ihre Teilzeittätigkeit (49 %). In den neuen Ländern gilt Teilzeitarbeit demnach in sehr viel stärkerem Maße als **Notlösung**, nicht als Lösung für das Vereinbarkeitsproblem. Mit einer durchschnittlichen Arbeitszeit von 18,5 Wochenstunden bei Teilzeitarbeit haben wir in der BRD die kürzesten Arbeitszeiten in Europa. Männer üben zu einem wesentlich geringen Anteil (8 % Ost und West) Teilzeittätigkeiten aus als Frauen. 40 % dieser Männer arbeiten „unfreiwillig“ auf einer Teilzeitstelle, 23 %, weil sie sich in Aus- oder Weiterbildungen befinden. Familiäre oder persönliche Gründe spielen bei Männern eine untergeordnete Rolle.

Teilzeitbeschäftigte Frauen möchten häufig mehr Stunden arbeiten, als ihr aktueller Arbeitsplatz zulässt. Fast die Hälfte aller teilzeitbeschäftigten Frauen und zwei Drittel der Mini-Jobberinnen würden nach Forschungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) die Erwerbsarbeitszeit gerne ausweiten. Im Schnitt würden teilzeitbeschäftigte Frauen ihre vereinbarte Wochenarbeitszeit gerne um vier Stunden erhöhen und geringfügig beschäftigte Frauen um neun Stunden. Für Frauen ergibt sich eine Wunscharbeitszeit von rund 32 Stunden wöchentlich.²² Vollzeitbeschäftigte Männer und Frauen möchten Forschungen des Deutschen Instituts für Wirtschaft (DIW) zufolge schon länger weniger arbeiten, vor allem würden sie gerne die Überstunden reduzieren. Die Unzufriedenheit über die gegebene Arbeitszeit ist besonders ausgeprägt an den Rändern, wo entweder sehr kurz oder sehr lang gearbeitet wird. Insgesamt gesehen liegen die Wünsche von Männern und Frauen zwischen 30 und 35 Stunden.²³

²¹ <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Arbeitsmarkt/Aktuell.html> (Zugriff: 25.1.2013).

²² Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB): Arbeitszeitwünsche von Frauen und Männern 2012, Nürnberg, 3. Februar 2014.

²³ DIW – Wochenbericht Nr. 14/15 vom 4. April 2007.

Erwerbsarbeitszeitverkürzung im Bereich der Vollerwerbstätigkeit gegen die Krise?

Dass Erwerbsarbeitszeitverkürzung ein wirksames Instrument zum Erhalt von Erwerbsarbeitsplätzen ist, hat sich ironischerweise gerade in Deutschland in der jüngsten Krise gezeigt. Der breite Einsatz von Kurzarbeit, Abbau von Arbeitszeitkonten und beschäftigungssichernder Arbeitszeitverkürzung per Tarifvertrag hat dazu geführt, dass Deutschland in der Krise 2009 als einziges Land Europas bei einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von über 5 % kaum einen Zuwachs an Erwerbslosigkeit zu verzeichnen hatte.²⁴ Anderenorts wurde bereits vom "deutschen Beschäftigungswunder" gesprochen.

Berechnungen des gewerkschaftsnahen WSI zufolge haben wir in Deutschland in dieser Zeit im Durchschnitt genau 30 Stunden pro Woche gearbeitet.²⁵ Interessanterweise sind knapp 30 Stunden auch genau die Stundenzahl, die nach volkswirtschaftlichen Berechnungen des Bremer Instituts Arbeit und Wirtschaft nötig wäre, um wieder **Vollbeschäftigung** herzustellen.²⁶ Nun haben aber viele von uns die Befürchtung, dass kürzere Arbeitszeiten gleichzeitig weniger Lohn bedeuten. Eine Erfahrung, die in der Krise auch gemacht worden ist: trotz eines Teillohnausgleichs war der gekürzte Lohn bei Kurzarbeit für viele nur schwer zu verkraften. Insbesondere KollegInnen in den unteren Lohngruppen können auf keinen Cent verzichten. Deswegen brauchen wir Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich in den unteren und mittleren Lohngruppen, einen Mindestlohn von 10 €, aber auch einen Höchstlohn. Und wir brauchen garantierten Personalausgleich, sonst führt die Erwerbsarbeitszeitverkürzung zu weiterer Arbeitsverdichtung, das gilt übrigens auch für Schwesigs Modell.

Der Anteil der Gewinne am Volkseinkommen ist in den letzten Jahren unaufhörlich gestiegen (von 25 auf 34 %), während die Lohnquote kontinuierlich gesunken ist. Die Arbeitgeber könnten einen Lohnausgleich ohne weiteres bezahlen, sie müssten dafür nur auf einen kleinen Teil ihrer Extra-Gewinne verzichten. Margareta Steinsrücke ist der Meinung, dass das auch der deutschen und der europäischen bzw. Weltwirtschaft gut täte. Eine Ursache für die große Finanzmarkt- und Weltwirtschaftskrise war nämlich der Umstand, dass die Vermögenden nicht wussten, wohin mit ihren ganzen Gewinnen und sie statt in Realinvestitionen in spekulativen Finanzprodukten angelegt haben. Etwas weniger Gewinne und dafür höhere Löhne würden stattdessen die Binnennachfrage ankurbeln, was eher zu Realinvestitionen für den Binnenmarkt führen würde und die BRD dadurch auch weniger abhängig vom Export machen

²⁴ Christine Franz / Steffen Lehnndorff: Arbeitszeitentwicklung und Krise – eine Zwischenbilanz, in: Universität Duisburg Essen: IAQ-Report 7/2010-

²⁵ Alexander Herzog-Stein / Hartmut Seifert: Deutsches „Beschäftigungswunder“ und flexible Arbeitszeiten, WSI-Diskussionspapier Nr. 169, Düsseldorf 2010.

²⁶ www.arbeitszeitverkuerzung-jetzt.de/texte-dokumente-infos/das-abc-der-Arbeitszeitverkuerzung/entlassungen.html (Zugriff: 10.11.2014).

würde, unter dem unsere Nachbarländer leiden und dessen Ende im bisherigen Umfang absehbar ist, da die Krise in diesen Ländern dazu führt, dass sie die Exportartikel der BRD demnächst nicht mehr abkaufen können.²⁷

Perspektiven

Das Ziel ist eine gesellschaftlich sinnvolle, versicherungspflichtige, die eigene Existenz sichernde Arbeit für alle Menschen, die das wollen, verbunden mit der Möglichkeit, die erwerbsarbeitsfreie Zeit für Haus- und Sorgearbeiten, kulturelle, politische und gemeinwesenorientierte Arbeiten zu nutzen. Besser gesagt: Zum Schaffen, Träumen, Kämpfen. Es geht nicht um Arbeit um jeden Preis, auch die unbezahlten Arbeiten sind nicht schon deshalb sinnvoll, weil sie nicht bezahlt werden. Es geht auch um eine Humanisierung und Demokratisierung der Arbeit in allen Arbeitsbereichen. Arbeit, die kriegerischen Auseinandersetzungen dient oder die Mit- und Umwelt weiter schädigt, ist Todesarbeit (Robert Jung), die wollen wir nicht verkürzen, sondern abschaffen, weil sie nicht menschenwürdig ist. Ebenso wenig wollen wir die Warenberge mit überflüssigen Dingen, die keine/r wirklich braucht, vergrößern!

Auch deshalb brauchen wir eine Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit im Bereich der Vollerwerbstätigkeit auf zunächst sechs Stunden pro Tag für alle Geschlechter sowie einen Abbau der Überstunden, und ganz sicher brauchen wir eine Mindestsicherung für Herausgefallene und Herausgeworfene, eine Mindestrente, für alle aus dem Erwerbsleben Ausgeschiedenen, die unabhängig von den einbezahlten Versicherungsbeiträgen gezahlt wird, wie sie in anderen Ländern längst üblich ist. Notwendig wird es, Frauen in der Familien-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik nicht weiter als Mitverdienende, zusätzlich Verdienende, also nicht weiter im Zusammenhang mit Ehe, Familie und "Haupternährer" zu sehen, sondern sie als eigenständige Individuen zu betrachten. Erst wenn es für alle Männer und für alle Frauen selbstverständlich wird, dass sie ein Recht auf eigenständige Existenzsicherung und auf eigenständige Rente haben, werden freie Zusammenschlüsse unter freien Menschen wirklich werden können, ohne staatliche Bevorzugung einer bestimmten Lebensform.

Der Sechsstundentag ist ein erster Schritt zu diesem Ziel. Um eine gerechte Verteilung der (jetzt) bezahlt geleisteten *und* der (jetzt) unbezahlt geleisteten gesellschaftlich notwendigen und nützlichen Arbeiten zu erreichen. Letztlich geht es um eine Umstrukturierung, Neudefinition, Neugestaltung, Neuverteilung und Neubewertung von Arbeit in allen betrieblichen und außerbetrieblichen Arbeitsbereichen und um eine Umverteilung der Verantwortung auf alle Geschlechter, nicht nur individuell, sondern auch kollektiv. Menschliche Arbeit hat nicht

²⁷ Margareta Steinrücke: 1.Mai Rede 2012 Tübingen.

nur einen Ertrag, sie hat auch einen Sinn. Durch eine Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit würden jetzt von der Erwerbsarbeit Ausgeschlossene die Möglichkeit einer bezahlten Arbeit erhalten, und Personen, die jetzt so viel arbeiten, dass sie keine Zeit für die unbezahlten Arbeiten haben, bekommen die Möglichkeit, sich in die unbezahlten Arbeiten einzuklinken. Eine andere Verteilung von (jetzt) bezahlt und (jetzt) unbezahlt geleisteten Arbeiten wird für viele Frauen eine Verkürzung ihres gesamten Arbeitstages bedeuten, für manche Männer aber auch eine Verlängerung. Schließlich besteht auch – wie mir neulich eine Gewerkschaftskollegin sagte, die Möglichkeit, dass bei verkürzten Erwerbsarbeitszeiten Männer mehr Hausarbeit verursachen und Frauen mehr Hausarbeit machen müssen. Da müssen wir auf der Hut sein. Für den öffentlichen Dienst geht es geht auch um die Schaffung kollektiv organisierter, tariflich bezahlter professioneller Dienstleistungen, pädagogischer und menschenwürdiger, pflegerisch wertvoller Infrastruktur, statt Rückverlagerung in Familie und Ehrenamt und um legale und versicherungspflichtige betrieblich oder genossenschaftlich organisierte Arbeitsverhältnisse auch in den bezahlt geleisteten Care-Arbeitsbereichen. Eigentlich sind das alles alte Rezepte, wir sollten endlich einen neuen Kuchen danach backen. Wahrscheinlich müssen wir die ganze Bäckerei umkrempeln.

Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit ist keine Aufgabe, die alleine auf der nationalen Ebene zu lösen ist und auch keine, die Gewerkschaften allein bewältigen könnten, auch wenn sie nach wie vor die wichtigsten Akteure sind. Ohne eine Zusammenarbeit von sozialen Bewegungen, attac, Erwerbsloseninitiativen, Jugendverbänden, Wohlfahrtsverbänden, Umweltbewegung, Frauenbewegungen und wird das lange phantasierte Projekt nicht gelingen. Schließlich geht es um die Möglichkeit der Teilhabe von Frauen *und* Männern am ganzen Leben.